

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Parteien</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Partei der Arbeit (PdA)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Beer, Urs  
Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Gilg, Peter  
Hohl, Sabine  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias  
Schoenholtz, Stephan

## Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Gilg, Peter; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Partei der Arbeit (PdA), 1978 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Grosse Parteien	1
Linke und ökologische Parteien	1

## Abkürzungsverzeichnis

<b>UNO</b>	Organisation der Vereinten Nationen
<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>SBB</b>	Schweizerische Bundesbahnen
<b>VPOD</b>	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
<b>PTT</b>	Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe
<b>GSoA</b>	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft

---

<b>ONU</b>	Organisation des Nations unies
<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>FMI</b>	Fonds monétaire International
<b>UE</b>	Union européenne
<b>EEE</b>	l'Espace économique européen
<b>CFF</b>	Chemins de fer fédéraux suisses
<b>SSP</b>	syndicats des Services publics
<b>PTT</b>	Postes, téléphones, télégraphes
<b>GSsA</b>	Groupe pour une Suisse sans Armée
<b>CE</b>	Communauté européenne

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

Nur **moderate bürgerliche Reaktionen** gab es zur Aufnahme der drei PdA-Vertreter (inkl. Linksallianz) in die SP-Fraktion und damit zum **kommunistischen Zuzug** zur SP. Nur vereinzelt war von der Wiederbelebung der alten Volksfront die Rede. Die Fraktions-Kooperation zwischen den beiden Parteien, die sich auf Bundesebene jahrzehntelang voneinander distanziert hatten, **wurde probeweise für ein Jahr beschlossen**.<sup>1</sup>

### Linke und ökologische Parteien

Auf der **äussersten Linken** machte sich vermehrt ein **Bestreben nach engerer Zusammenarbeit** geltend. Die Autonomen Sozialisten des Tessins (**Partito socialista autonomo, PSA**) hatten im Vorjahr der **Partei der Arbeit (PdA)** und den **Progressiven Organisationen (POCH)** eine Institutionalisierung der Kontakte vorgeschlagen. Aus mehrmonatigen Besprechungen ergab sich das Vorhaben einer gemeinsamen Initiative für Verlängerung der gesetzlichen Ferien, an der man auch die Sozialdemokraten zu beteiligen gedachte. Doch diese lehnten ein Zusammenwirken ab und beschlossen, mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund eine schon 1976 grundsätzlich beschlossene eigene Ferieninitiative zu lancieren. Da zog es die PdA vor, das Unternehmen der beiden grossen Organisationen zu unterstützen, womit die gemeinsame Aktion der radikaleren Linken gescheitert war.

Die PdA wie die POCH führten über Pfingsten **Parteikongresse** durch. Beide gaben erstmals den **Massenmedien Zutritt zu ihren Verhandlungen**. Die PdA richtete das zehn Jahre zuvor aufgehobene Amt des Generalsekretärs wieder ein und übergab es dem Genfer A. Magnin. Dieser übernahm damit die Funktion J. Vincents, der seit 1974 die Partei als Präsident geleitet hatte und der nun, mit einem Ehrenpräsidium bedacht, nur noch Mitglied des Politbüros ist. Am Kongress fiel die grosse Zahl junger Delegierter auf: fast die Hälfte hatte das 35. Altersjahr noch nicht überschritten. Bewegt war die Diskussion über die Energiepolitik, in der sich eine atomkraftwerkgegenerische Tendenz gegen die eher wachstumsorientierte Politik der Parteileitung wandte.

Der **POCH-Kongress** beschäftigte sich mit dem **Entwurf für ein Parteiprogramm**, das dann im Dezember von einer Delegiertenversammlung definitiv verabschiedet wurde. Dieses fasst einerseits die bisher in Schriften und Aktionen zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen der POCH systematisch zusammen, andererseits richtet es sich auf die **Sammlung einer breiten Volkseinheit zum Kampf gegen die Herrschaft der «Monopole»** aus. Dabei wird versucht, alle potentiellen Oppositionskräfte – Arbeitnehmer, Kleinbauern, Frauen, Jugendliche, Einwanderer, Mieter, Rentner, Umweltschützer, Atomkraftgegner und selbst die südjurassischen Separatisten – anzusprechen und um die als Motor wirkende Arbeiterbewegung zu scharen. «Demokratische Erneuerung» heisst das neue Leitmotiv, und der historische gewordene Pluralismus wird ausdrücklich anerkannt. Zwar erscheint der POCH nach wie vor eine Überwindung des Kapitalismus nur durch weltweites Zusammenwirken aller revolutionären und demokratischen Bewegungen einschliesslich der kommunistischen Parteien möglich, doch fliesst nun eine gewisse Kritik am «Machtmissbrauch» in den Oststaaten ein.

Auch die **Revolutionäre marxistische Liga (RML)** führte – allerdings nicht öffentlich – einen Kongress durch. Obwohl sie entschiedener gegen die Unterdrückung der Opposition im kommunistischen Machtbereich Stellung nimmt als PdA und POCH, wird sie nach ihren Aussagen **weiterhin polizeilich überwacht**. Immerhin konnte der Sekretär der trotzkistischen Internationale, Ernest Mandel, erstmals wieder in der Schweiz auftreten (im April hob der BR die Einreisesperre endgültig auf). Auch die RML befürwortet eine grössere Aktionsgemeinschaft der Linken, doch lehnt sie eine Fusion, wie sie namentlich PSA und POCH ins Auge fassen, ab. Noch stärker isoliert sind die Maoisten; sie sind erst damit beschäftigt, unter sich zu einer gewissen Zusammenarbeit zu gelangen (im März 1978 vereinigten sich drei Gruppen zur Schweizerischen Kommunistischen Organisation (SKO), die mit der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) eine Zusammenarbeit anstrebt. Abseits steht die Kommunistische Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten (KPS/ML)).<sup>2</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 07.12.1995  
EVA MÜLLER

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 12.12.1978  
PETER GILG

**ANDERES**  
DATUM: 28.10.1980  
PETER GILG

Die **Partei der Arbeit (PdA)** erlitt im unruhigen Herbst eine **neue Abspaltung**. Führende Vertreter der waadtländischen Kantonalorganisation, darunter der Leiter des Jugendverbandes, wandten sich von ihr ab, da sie eine klare Distanzierung von Moskau, demokratische Parteistrukturen sowie eine Öffnung gegenüber den neuen alternativen Bewegungen vermissten. Die PdA hatte den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan weniger eindeutig verurteilt als andere linksextreme Organisationen.<sup>3</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 21.11.1981  
PETER GILG

Die **Progressiven Organisationen** (POCH) entfernten sich weiter von ihrer ehemals proklamierten Politik der Bildung eines Pols links der **SP**. Mehrere Exponenten vertraten ein Konzept der Multipolarität der revolutionären Kräfte, was dem tatsächlichen Veränderungspotential besser entspreche. Den ehemaligen Bündnispartner PdA erzürnte die POCH durch ihr Vorpellen mit einer neuen AHV-Initiative, wobei das Vorgehen auch in den eigenen Reihen nicht unumstritten war. Als 68er Partei eröffnete sie, nicht zuletzt als Folge der Jugendunruhen, eine neue «Generaldebatte» über ihren programmatischen Kurs. Die Tendenz scheint weg vom Selbstverständnis als Teil der kommunistischen Weltbewegung und zurück zu den Ideen von 1968 zu weisen. (Siehe auch: POCH-Kongress von 1978 und die äusserste Linke in 1980)<sup>4</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 04.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die eingeleitete Öffnung der PdA für neue Ideen und Themen wurde mit der Lancierung der Volksinitiative «Frauen und Männer» konkretisiert. Diese verlangt eine **Quotenregelung von maximal 60% des gleichen Geschlechts** für alle politischen Behörden mit fünf oder mehr Mitgliedern. Gleichzeitig hat die Partei eine zweite Initiative, «Gleiche Rechte in der Sozialversicherung», lanciert. Diese fordert die **Durchsetzung des Gleichheitsartikels in den Sozialwerken**.<sup>5</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 13.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen fasste die PdA die **Ja-Parole zu den Kleeblattinitiativen** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon) **und zu allen Energievorlagen** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium, Energieartikel), zur Ablehnung empfohlen hat sie hingegen den Rebbaubeschluss, die Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes. Bei der Volksinitiative «Stopp dem Beton» konnte sich die PdA auf nationaler Ebene nicht auf eine Parole einigen.<sup>6</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 01.11.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Osteuropa setzte innerhalb der PdA eine rege Diskussion zu Inhalt, Konzept und damit auch Zukunft der ca. 3000 Mitglieder zählenden Partei ein. Im Entwurf für ein neues Parteiprogramm wurden dann im formalen und inhaltlichen Bereich neue Akzente gesetzt: Der Klassenkampf (die Diktatur des Proletariats hatte die PdA schon früher fallen gelassen) wurde durch die «Bewegung für den Sozialismus» abgelöst. **Neue Themen** wie die **Gleichberechtigung der Geschlechter, der Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles und der Umweltschutz** nehmen im Entwurf eine wichtige Stellung ein. Generelles Ziel dieser Bewegung soll eine umfassende Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche sein. Im Wissen, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht durch eine einzige kleine Organisation bewirkt werden können, drückt die PdA den Wunsch nach einer Vernetzung aller reformwilligen Kräfte der verschiedenen sozialen Teilbereiche aus, um derart eine Volksbewegung für den Sozialismus zu bilden.<sup>7</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 06.06.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen **stellte sich die PdA gegen die Finanzvorlage**, an der vor allem die wenig konsumentenfreundliche Mehrwertsteuer und die an das Finanzpaket gekoppelte Stempelsteuerrevision kritisiert wurde.<sup>8</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 07.09.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

In Basel kam es – nach dem 1988 vorgenommenen Ausschluss der Stadtbasler Sektion aus der PdA Schweiz – zu einer Spaltung **in eine «PdA – gegründet 1944», und eine zur PdA Schweiz gehörende «Neue PdA»**, die im übrigen bei den Nationalratswahlen mit der POB und der SP eine Listenverbindung einging.<sup>9</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 09.09.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa sowie die Auflösung der Sowjetunion und der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) konnten entgegen den Erwartungen vieler politischer Beobachter die schweizerische kommunistische Partei, die Partei der Arbeit, **nicht in ihren Grundfesten erschüttern**. Im Gegenteil, die jüngere Führungsgeneration, welche vor einigen Jahren die Zügel in die Hand zu nehmen begann, äusserte sich sogar positiv zum Zusammenbruch der autoritären Staats- und Parteistrukturen in Osteuropa und der Sowjetunion. Damit falle, laut Nationalrat Jean Spielmann (GE), das schwere Erbe des real existierenden Sozialismus und Kommunismus der Geschichte anheim. Einzelne Sektionen der PdA haben seit dem Beginn des Auflösungsprozesses des Kommunismus einen **Zuwachs an Mitgliedern** verzeichnen können.<sup>10</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 20.10.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den **Nationalratswahlen** erreichte die Partei das Minimalziel, welches sie sich gesteckt hatte: Sie konnte ihr **Genfer Mandat halten** und in der **Waadt einen Sitz erobern**. Bei den **Kommunalwahlen** in Genf gelang es der PdA, **vier zusätzliche Mandate** und über drei Wählerprozente hinzuzugewinnen.<sup>11</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 06.11.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Politik der Transparenz in der Sowjetunion hatte schon im Jahre 1990 zur Folge gehabt, dass die Parteiarchive der KOMINTERN mit zahllosen Dokumenten, die bis in die dreissiger Jahre zurückgingen, geöffnet und damit auch der wissenschaftlichen Auswertung zugänglich gemacht wurden. Jean Spielmann und Theo Pinkus hatten in Moskau Gelegenheit, **Kopien von Dokumenten** auf Mikrofilm anzufertigen und überliessen das Material, welches Einblicke in die Einmischung der KPdSU in die Angelegenheiten der schweizerischen Kommunistischen Partei während der dreissiger Jahre sowie Aufschluss über das Schicksal diverser schweizerischer Kommunisten im stalinistischen Russland gab, **zur wissenschaftlichen Auswertung der Universität Lausanne**.<sup>12</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 08.11.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

An zwei Parteitagungen erarbeitete die Partei der Arbeit ein neues Programm und revidierte wesentliche Elemente der Statuten, womit auch Änderungen der Bezeichnung der Parteiorgane verbunden waren. Einerseits **verschwand** in den Statuten das Wort **«kommunistisch»**, andererseits spricht das neue Parteiprogramm immer noch von der **kommunistischen Gesellschaft als einer Zielvorstellung**. Ebenso **verschwand** das in den Statuten festgehaltene Prinzip des **demokratischen Zentralismus** sowie die Namen von **Lenin** und **Engels**; das Zentralkomitee wurde in Parteivorstand, das Politbüro in leitenden Ausschuss und der Generalsekretär in Präsident umbenannt. Die Forderung nach Verstaatlichung von Grund und Boden wurde im Programm aufrechterhalten, eine generelle Verstaatlichung der Wirtschaft jedoch abgelehnt. Die zentralen Anliegen des Programms sind die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Umweltschutz und mehr Solidarität mit der Dritten Welt. Die PdA sprach sich im übrigen, für ein soziales Europa aus; in der Frage des EG-Beitritts tat sich allerdings ein Graben zwischen der Welsch- und der Deutschschweiz auf.<sup>13</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 10.03.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die **beiden Volksinitiativen** «Frauen und Männer» für eine Quotenregelung für alle politischen Behörden bzw. «Gleiche Rechte in der Sozialversicherung», welche von der PdA 1990 lanciert worden waren, **kamen nicht zustande**.<sup>14</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 14.04.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Das in die Schweiz transferierte Archivmaterial der KOMINTERN, welches die Beziehungen zwischen der schweizerischen kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationalen in der Zeit zwischen 1920 und 1940 dokumentiert, liess die an der Auswertung beteiligten Historikerinnen und Historiker nach einer ersten Einsichtnahme zum Schluss kommen, dass die **Abhängigkeit der schweizerischen KP von der KOMINTERN viel grösser** gewesen sei als je angenommen werden konnte, und dass die schweizerische Organisation eine **Drehscheibenfunktion in Westeuropa** eingenommen hatte.<sup>15</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 24.04.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Enthüllungen betreffend die finanzielle Unterstützung der PdA durch die KPdSU, wonach die PdA in den Jahren zwischen 1980 und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems **Überweisungen durch die KPdSU** in der Höhe von insgesamt über **2,5 Mio \$ erhalten** haben soll, wurden bestätigt, doch konnte der Zweck dieser Zahlungen nicht geklärt werden. Nach Angaben von Parteimitgliedern soll es sich **nur um die Bezahlung** von durch die Schweizer Organisation ausgeführten **Druckaufträgen gehandelt** haben.<sup>16</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 16.10.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Gegen die vom Parlament beschlossene Einführung einer Spitaltaxe von zehn Franken pro Tag **ergriff die PdA** das Referendum, da es sich in ihren Augen **um eine höchst unsoziale Massnahme handelt**.<sup>17</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 18.10.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

In Genf brach innerhalb der PdA ein Konflikt um die Haltung gegenüber den von Regierung und Parlament geplanten Einsparungen im öffentlichen Dienst aus. Der Streit zwischen einer gemässigten Gruppe hinter **Nationalrat Spielmann** und einer **orthodoxen Gruppierung um Hubert Launay**, Präsident der Genfer VPOD-Sektion, **führte zur Spaltung**. Verschiedene bekannte Persönlichkeiten der Genfer PdA gründeten zusammen mit ehemaligen Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSO), Gewerkschaftsmitgliedern, Anhängern der GSoA und von «Contratom» sowie anderen links-grünen Exponenten eine neue Partei namens «Solidarités».<sup>18</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 02.12.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen verwarf der Zentralvorstand den Beitritt zum IWF und die Revision des Stempelsteuergesetzes, empfahl hingegen **beide Vorlagen zum Gewässerschutz, den Zivildienst- und den Gentechnologieartikel sowie die Sexualstrafrechtsreform zur Annahme**. Ebenso unterstützte die PdA die **Krankenkassen- und die Tierversuchsinitiative, die NEAT sowie den EWR-Beitritt**. Stimmfreigabe wurde zur Vorlage über das bäuerliche Bodenrecht beschlossen. Die abgespaltene Basler «PdA (-gegründet) 1944» stellte sich gegen den EWR-Beitritt<sup>19</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 09.06.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die PdA konnte im Berichtsjahr ihr 50jähriges Bestehen feiern. Sie **war am 8. Juni 1943 unter dem Namen Arbeiterpartei/Parti ouvrier in Genf** gegründet worden. Erst ein Jahr später wurde sie in PdA umbenannt. Ihre Vorgängerorganisationen «Kommunistische Partei der Schweiz» und «Sozialistische Jugend» waren bei Kriegsausbruch im September 1939 vom Bundesrat verboten worden.<sup>20</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 02.09.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die **Auswertung des Archivmaterials der Komintern** ergab weitere interessante Befunde über die **Beziehungen zwischen Schweizer Kommunisten und sowjetischen Exponenten** des Parteiapparats, insbesondere auch über das Schicksal von exilierten nicht linientreuen Schweizern, die Opfer des stalinistischen Machtapparats geworden waren, und die Einschleusung von ausländischen Kommissaren der KOMINTERN als Ideologiegaranten in die Schweiz.<sup>21</sup>



**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 18.10.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die erste Tageszeitung der Schweizer Arbeiterbewegung, der «Vorwärts», Organ für die «Interessen des arbeitenden Volkes», konnte im Berichtsjahr unter seinem **neuen Namen «Sozialistische Wochenzeitung» sein 100jähriges Bestehen feiern**. Während über vier Jahrzehnten war der «Vorwärts» das Organ der PdA gewesen; nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums hat der in der PdA eingeläutete Reformprozess auch Auswirkungen auf die Ausrichtung der Parteizeitung ausgeübt. Die «Sozialistische Wochenzeitung» ist **offiziell nicht mehr Organ der PdA**, sondern eine unabhängige linke Zeitung.<sup>22</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.10.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Anlässlich der **Genfer Kantonalwahlen** konnte die PdA durch die Schaffung einer grossen Koalition der Linken **21 Sitze und 19% Wähleranteil erobern**. Erfolg hatte sie auch bei den **städtischen Wahlen in Lausanne**, wo sie **drei Sitze und vier Prozent** Wähleranteil hinzugewann.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 17.11.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen gab die PdA die **Nein-Parole zur Erhöhung des Treibstoffzolls**, zu den Bundesbeschlüssen über die **Arbeitslosenversicherung** und über die Kostensteigerung in der **Krankenversicherung**, gegen welche sie das Referendum ergriffen hatte, sowie zu sämtlichen **vier Vorlagen über die Mehrwertsteuer** heraus.<sup>23</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 04.06.1994  
EVA MÜLLER

Die PdA feierte im Berichtsjahr ihr 50-jähriges Jubiläum. Gegründet worden war sie jedoch schon ein Jahr vorher unter dem Namen Arbeiterpartei/parti ouvrier. Heute **zählt sie noch 3000 bis 4000 Mitglieder**.<sup>24</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 04.10.1994  
EVA MÜLLER

Zu Diskussionen innerhalb der PdA Anlass gab, dass **PdA-Präsident Jean Spielmann auf den Tod von Kim Il-sung** hin ein Kondolenzschreiben an das kommunistische Nordkorea schickte.<sup>25</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 21.11.1994  
EVA MÜLLER

Anlässlich der **Kantonalwahlen** in Waadt konnte die PdA ihre **Vertretung fast verdoppeln und hält neu sieben Sitze im Grossen Rat**. Damit ist die PdA in der Romandie weiter auf dem Vormarsch. Konkurrenz in der Rekrutierung erwächst ihr jedoch aus der 1992 gegründeten Bewegung «Solidarités», die vor allem junge Leute anzieht und, im Gegensatz zur PdA, keine stalinistische Vergangenheit mitbringt.<sup>26</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 03.12.1994  
EVA MÜLLER

Bei den eidgenössischen Abstimmungen **sprach sich die PdA für die Alpeninitiative** aus, stimmte aber mit dem rechten Parteienspektrum **gegen Schweizer UNO-Blauhelmtuppen**. Das Krankenversicherungsgesetz lehnte sie zugunsten der Initiative für eine gesunde Krankenversicherung ab.<sup>27</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 16.06.1995  
EVA MÜLLER

Konkretes mit Utopischem verknüpfen wollte die PdA in ihrer Wahlplattform «Zehn Notwendigkeiten für eine solidarische und fortschrittliche Schweiz». Darin stellt sie die **gesellschaftliche Verteilung der Arbeit** in Frage und postuliert längerfristig die **Einführung der 32-Stundenwoche ohne Kürzung der Löhne**. Weiter fordert sie eine allgemeine Sozialversicherung, die mit Lohnprozenten finanziert wird und sowohl AHV wie auch Kranken- und Arbeitslosenversicherung beinhaltet. Klar sprach sich die Partei für einen raschen EU-Beitritt aus.<sup>28</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 24.06.1995  
EVA MÜLLER

Als einzige Partei ausser den Grünen sprach sich die PdA **gegen die Einführung einer Ausgabenbremse** aus, da sie die Verhinderung neuer sozialer Ausgaben befürchtete. Ausserdem **lehnte sie zusammen mit den Gewerkschaften die 10. AHV-Revision** ab und grenzte sich damit klar von der SP ab.

**WAHLEN**  
DATUM: 22.10.1995  
EVA MÜLLER

Die eidgenössischen Wahlen brachten der PdA (inkl. Linksallianz) einen **Sitzgewinn in Genf**, womit sie neu mit drei Vertretern im Nationalrat sitzt. Mit der **Wahl eines PdA-Vertreters in den Lausanner Stadtrat** verfügt die PdA ausserdem neu in den drei grössten Westschweizer Städten über ein Exekutivmitglied. Damit gelang der bereits totgesagten Partei eine erstaunliche Wiederauferstehung. Nach den Wahlen schlossen sich die drei PdA-Vertreter (inkl. Linksallianz) der SP-Fraktion an. Damit hat die PdA das Ziel einer unabhängigen Linksopposition im Parlament, das sie noch im Wahlkampf deklarierte, kurzerhand aufgegeben.<sup>29</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 15.04.1996  
EVA MÜLLER

Die **PdA trug das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz aktiv mit** und sagte damit einer «ultraliberalen Wirtschaftspolitik» den Kampf an.<sup>30</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 25.07.1996  
EVA MÜLLER

Die PdA prüfte die Lancierung einer Krankenkassen-Initiative, gemäss welcher die **Krankenkassenprämien massiv reduziert** und künftig **entsprechend dem Einkommen** berechnet werden sollen. Zur Finanzierung sollen neben Bund und Kantonen auch die Unternehmen herangezogen werden.<sup>31</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 27.08.1996  
EVA MÜLLER

Ende August drohte die PdA der SP mit dem **Austritt aus der sozialdemokratischen Fraktion** der Bundesversammlung, falls die SP nicht klar Stellung nehme zur «antisozialen Offensive» **der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft**. Insbesondere verlangte sie von der SP eine klare Kampfansage an die Senkung der Löhne des SBB-Personals, an die Privatisierung von PTT und SBB und an den Abbau der staatlichen Sozialleistungen.<sup>32</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 06.09.1996  
EVA MÜLLER

Mit Josef Zisyadis zog im Kanton Waadt erstmals seit 1950 wieder ein **Kommunist in eine kantonale Regierung** ein. Damit konnte die PdA (oder Parti ouvrier populaire POP), die letztes Jahr auch in die Lausanner Stadtregierung eingezogen war, ihren **Siegeszug in der welschen Schweiz** fortsetzen.<sup>33</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 24.07.1997  
EVA MÜLLER

Im Frühjahr lancierte die PdA eine **Volksinitiative «für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien»**. Gemäss Text soll der Bund mindestens 50 Prozent der jährlichen Versicherungskosten decken; die dafür erforderlichen Finanzen seien mindestens zur Hälfte durch Unternehmen (v.a. Banken) aufzubringen. Ausserdem ergriff die PdA zusammen mit zwei Westschweizer SP-Kantonalsektionen das **Referendum gegen vier Gesetze zur Liberalisierung und Teilprivatisierung im Post- und Telekommunikationsbereich**. Die Partei argumentierte, dass das enorme Vermögen der PTT nicht an Private verscherbelt werden dürfe. Sie brachte die erforderlichen Unterschriften jedoch nicht zusammen.<sup>34</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 12.10.1997  
EVA MÜLLER

Die PdA konnte ihre in den letzten Jahren **neugewonnene Stärke in der Westschweiz verteidigen**. Bei den kantonalen Wahlen gewann sie in Neuenburg zwei Sitze hinzu. In Genf verlor die Linksallianz/Alliance de Gauche, der die PdA zugehört, zwei Sitze.

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 03.10.1998  
URS BEER

**Mit nur der Hälfte der erforderlichen 100'000 Unterschriften** kam die Volksinitiative «für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien» **der PdA nicht zustande**. Die rund 50'000 gesammelten Unterschriften deponierte die Partei als Petition. Das Volksbegehren war im Mai 1997 lanciert worden mit der Forderung, der Bund müsse mindestens 50% der jährlichen Ausgaben der sozialen Krankenversicherung übernehmen, um die Prämien für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile massiv zu senken. Der Bundesbeitrag sollte unter anderem durch eine Gewinnabgabe der Banken finanziert werden.<sup>35</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 25.10.1998  
URS BEER

Bei den kantonalen Wahlen konnte die PdA ihren **Aufwärtstrend der letzten Jahre in der Westschweiz fortsetzen**. Während sie im Kanton Jura ihren Parlamentssitz verteidigen konnte, gewann sie in der Waadt fünf Mandate hinzu. Bei den waadtländischen Staatsratswahlen hingegen verlor sie ihren Sitz.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 21.11.1998  
URS BEER

Mit Blick auf die Wahlen von 1999 beschloss die PdA an ihrem Parteitag vom 21. November in Zürich, **auf eine nationale Plattform links der SP hinzuwirken**. Die Delegierten waren sich weitgehend einig, dass der Eintritt ihrer 1995 gewählten Nationalräte in die SP-Bundeshausfraktion ein Fehler war, da die Partei auf diese Weise kein nationales Profil zu entwickeln vermochte. Mobilisiert werden sollten alle Kräfte, die sich der kompromissorientierten Politik der runden Tische widersetzen und eine echte Alternative zur neoliberalen Politik suchen. Unklar blieb allerdings, wie sich die PdA selber positioniert, da ein als Diskussionsgrundlage dienender Resolutionstext zwecks Überarbeitung an das Zentralkomitee zurückgewiesen wurde. Ferner wurde Christiane Jaquet-Berger zur Nachfolgerin von Parteipräsident Jean Spielmann gewählt.<sup>36</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 14.10.1999  
DANIEL BRÄNDLI

PdA-Präsidentin Christiane Jaquet-Berger (VD) sprach sich am Parteitag in Le Locle **gegen eine Politik der «Runden Tische»** aus und kritisierte damit die SP, die sich aus ihrer Sicht viel zu kompromissbereit verhalte. Die Delegierten sprachen sich in einer Resolution **gegen das New Public Management** und die **Privatisierungsbestrebungen bei den öffentlichen Diensten** aus.<sup>37</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 24.10.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Bei den kantonalen Wahlen konnte die PdA in den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Jura **insgesamt 38 Parlamentssitze für sich entscheiden**, verlor allerdings ihren einzigen Tessiner Sitz. In der Genfer Stadtregierung konnte sie ihren Sitz halten. Gemeinsam mit den Verbündeten links der Sozialdemokraten wollte die PdA in den Nationalratswahlen Fraktionsstärke erlangen. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht. Die PdA büsste 0,2% Wählerstimmen und einen der beiden Genfer Sitze ein. Anstelle der abgewählten Jaquet-Berger konnte Josef Zisyadis den Waadtländer Sitz für sich entscheiden. Im neuen Parlament gehört Spielmann (GE) weiterhin der SP-Fraktion an, Zisyadis blieb fraktionslos.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 17.02.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Der Zentralvorstand der PdA zeigte sich seinen Parlamentsangehörigen gegenüber unnachgiebig und entschied im Februar, dass ein **Anschluss an die SP-Fraktion nicht akzeptiert** werde. Dieser Entscheid betraf den Genfer Jean Spielmann, Mitglied der SP-Fraktion. Parteipräsidentin Christiane Jaquet-Berger erklärte, ihre Partei wolle ihre Eigenständigkeit bewahren und die politischen Unterschiede zur SP unterstreichen. Spielmann wies darauf hin, dass er ohne Fraktionsanschluss keiner Kommission angehören könne und bat den Zentralvorstand, seinen Entscheid nochmals zu überdenken. Der zweite Abgeordnete im Parlament, Nationalrat Joseph Zisyadis (VD), hatte bereits während seines Wahlkampfes im vergangenen Herbst seinen Einsitz in der SP-Fraktion ausgeschlossen.<sup>38</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 25.07.2000  
DANIEL BRÄNDLI

André Rauber, Historiker und ehemaliges Mitglied des Politbüros der Partei, veröffentlichte im Berichtsjahr eine **Studie zur Geschichte der PdA** in den Jahren 1944 bis 1991. Die Studie umfasst zahlreiche zeitgenössische Stellungnahmen der Partei und ihrer Protagonisten zum Geschehen im Kalten Krieg und zur Entwicklung der Partei selbst. Grosses Aufsehen zog die These auf sich, die PdA hätte ohne namhafte finanzielle Unterstützung durch die Sowjetunion keine Überlebenschancen gehabt. Die Parteileitung hatte solche Mutmassungen stets zurückgewiesen. Nach der Öffnung der Sowjetarchive sind allerdings Belege für derartige Geldtransaktionen gefunden worden, welche die Unterschrift bekannter Schweizer Kommunisten tragen.<sup>39</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 24.10.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Im Oktober teilte die PdA mit, dass sie die **Zusammenarbeit mit der Gruppe der nichtsozialdemokratischen Linken im EU-Parlament** aufgenommen habe. Die PdA erhielt denselben Status wie ihre Schwesterparteien aus Norwegen und Zypern, die sich trotz der Nicht-Mitgliedschaft ihres Landes bei der EU der Fraktion anschliessen konnten.<sup>40</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Basel-Stadt** schied die PdA nach 50jähriger Präsenz aus dem Rat aus.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 31.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

Im Gegensatz zur SP, welche die Vorlagen befürwortete, sprach sich die **PdA gegen die Militärgesetzrevisionen und die Aufhebung des Bistumsartikels sowie die Volksinitiative „Energie statt Arbeit besteuern“** aus. Zu den Initiativen „für tiefere Arzneimittelpreise“ und „Schweiz ohne Armee“ gab sie hingegen die Ja-Parole heraus, während die SP Stimmfreigabe beschloss.

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

In den **Parlamentswahlen in Genf** verlor die PdA sechs ihrer bisher 19 Sitze, in **Neuenburg** konnte sie ein Mandat hinzugewinnen und stellt nun sieben Abgeordnete. In der **Lausanner Stadtregierung** wurde ihr Vertreter **abgewählt**, und in der Legislative musste sie drei ihrer zuvor 13 Mandate abgeben.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 26.11.2002  
MAGDALENA BERNATH

Aus Altersgründen gab die Waadtländerin Christiane Jaquet-Berget das **Parteipräsidium** ab. Da die Partei keinen jüngeren Bewerber finden konnte, stellte sich der 62-jährige **Neuenburger Grossrat Alain Bringolf**, seit acht Jahren Präsident des Zentralkomitees, für das Amt zur Verfügung. Die Delegierten der PdA beschlossen, sich an der Lancierung einer Volksinitiative für eine Einheitskrankenkasse zu beteiligen.<sup>41</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 31.12.2002  
MAGDALENA BERNATH

Die Parolen der PdA deckten sich mit jenen der SP, mit Ausnahme der Volksinitiative des Gewerkschaftsbundes "für eine kürzere Arbeitszeit", welche die PdA zur Ablehnung empfahl, da die Initiative auch eine gewisse Flexibilisierung (Jahresarbeitszeiten) einführen wollte. In den Parlamentswahlen in den Kantonen **Waadt** (12) und **Jura** (1) konnte die PdA ihre **Mandate halten**.

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2003  
MAGDALENA BERNATH

Unter dem Titel „Eine andere Schweiz ist möglich“ formulierten Exponentinnen und Exponenten der Solidarités aus Genf und Neuenburg, der Liste „Pour une Alliance socialiste – solidarités“ Waadt, der PdA und der Alternativen Listen Zürich, Aargau und Winterthur eine Wahl- und Aktionsplattform, auf der sie sich insbesondere gegen eine Einschränkung der Volksrechte, für effektive Lohngleichheit von Mann und Frau, einen Mindestlohn von 3'500 Fr., den Kampf für würdige Pensionen, welche diesen Namen verdienten, sowie eine Aufenthaltsbewilligung für die Sans-Papiers stark machten. Erklärtes Ziel war der Gewinn von mindestens fünf Nationalratsmandaten, um die **Bildung einer gemeinsamen Fraktion links von SP und Grünen** zu ermöglichen. Bei den eidgenössischen Wahlen verlor die PdA einen ihrer ursprünglich zwei Sitze zugunsten der Solidarités. Bei den Kantonsratswahlen im Kanton Tessin eroberte die PdA ein Mandat.<sup>42</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 31.12.2004  
MAGDALENA BERNATH

Die PdA feierte ihren **sechzigsten Geburtstag**, sie war 1944 in Zürich gegründet worden. Mit Ausnahme der Einbürgerungsvorlagen, des Mutterschaftsurlaubs und der Post-Initiative, die sie zur Annahme empfahl, sowie der Stammzellenforschung, zu der sie Stimmfreigabe beschloss, lehnte die PdA alle eidgenössischen Vorlagen ab.<sup>43</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 31.12.2004

MAGDALENA BERNATH

Neu ist die PdA mit einem Sitz im **Stadtberner Parlament** vertreten.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 31.12.2005

MAGDALENA BERNATH

Die PdA lehnte die Schengen/Dublin-Abkommen ab; diese führten dazu, dass Unmengen von Personendaten gesammelt würden, was einen nicht tolerierbaren Eingriff in die Privatsphäre darstelle. Auch bei der Ausweitung der **Personenfreizügigkeit** auf die neuen EU-Länder hegte die Partei Vorbehalte; Sozial- und Lohndumping seien unbedingt zu verhindern. Da sie sich aber immer für eine Öffnung der Grenzen eingesetzt habe, gab die PdA zu dieser Vorlage die **Ja-Parole** heraus. Ebenfalls Unterstützung erhielt das Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft, nicht jedoch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen.<sup>44</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 31.12.2005

MAGDALENA BERNATH

Da sich die extreme Linke (PdA, Kommunisten und Solidarités) in **Genf** wegen Differenzen beim Personenfreizügigkeitsabkommen nicht auf eine gemeinsame Liste hatte einigen können und das nötige Quorum von 7% verfehlte, ist die PdA **nicht mehr im kantonalen Parlament vertreten**.

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 31.01.2006

STEPHAN SCHOENHOLTZ

Gemeinsam mit Solidarités, den Alternativen Listen und der Jungen Alternative, die alle links von der SP politisieren, gründete die PdA eine **nationale Föderation, die sich selbst als antikapitalistische Bewegung definiert**. In der Westschweiz will sie unter dem alten Namen „A gauche toute“, in der Deutschschweiz vielleicht als „Die Linke“ auftreten. Vorgesehen waren gemeinsame Listen bei den eidgenössischen Wahlen 2007 mit dem Ziel, im Nationalrat wieder Fraktionsstärke zu erreichen. Die Verwirklichung dieses Ziels würde sowohl finanzielle Vorteile als auch die Mitarbeit in den parlamentarischen Kommissionen bringen. Ein Grundlagenpapier forderte die Zusammenarbeit der Föderation mit libertären Bewegungen und deren Zeitungen. Auch Volksinitiativen zu den Themen Minimallohn oder eidgenössische Erbschaftssteuer waren geplant.<sup>45</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 31.12.2006

STEPHAN SCHOENHOLTZ

Bei den **kantonalen Parlamentswahlen** im Jura konnte die gemeinsame Liste von **Combat socialiste** und PdA die drei bisherigen Parlamentssitze halten; einer davon ging an die PdA.

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 26.03.2007

SABINE HOHL

Im März wurden Jean-Pierre Kohler und Norberto Crivelli zu **Vizepräsidenten der PDA Schweiz** ernannt. Sie ersetzen die bisherige Präsidentin Eva Fernandez, die eine Auszeit von der Politik nahm.<sup>46</sup>

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 29.11.2007

SABINE HOHL

Für Diskussionen sorgte der **Alleingang der PdA Genf bei den Nationalratswahlen**. Sie hatte eine Listenverbindung mit der linken Gruppierung Solidarités abgelehnt. Es wurde befürchtet, dass die Zersplitterung der linken Parteien zu Sitzverlusten führen würde. Dies bewahrheitete sich, Vanek (sol.) wurde abgewählt. Seinen Sitz im Nationalrat verlor zunächst auch Josef Zisyadis (VD). Die als einzige PdA-Vertreterin in den Nationalrat wiedergewählte **Marianne Huguenin (VD) verzichtete jedoch auf ihren Sitz**, woraufhin Zisyadis nachrücken konnte. Huguenin argumentierte, ihre Funktion als Gemeindepräsidentin von Renens (VD) lasse sich nicht mit dem Nationalratsmandat vereinbaren. Es wurde jedoch in der Presse kritisch kommentiert, dass eine gewählte Frau einem nicht gewählten Mann ihren Sitz überlasse. Zisyadis schloss sich der Fraktion der Grünen an.<sup>47</sup>

**ANDERES**

DATUM: 24.10.2008

SABINE HOHL

Der PdA-Nationalrat **Josef Zisyadis** gab im März nach 25 Jahren das Amt des Sekretärs der PdA-Kantonalpartei Waadt ab. Übernommen wurde es vom 23-jährigen Damien Wirths. Die Kantonalpartei sprach sich für ein Zusammengehen mit der linken Gruppierung Solidarités aus. Der Präsident von Solidarités Waadt, Jean-Michel Dolivo, stellte allerdings als Bedingung dafür den Verzicht auf die Regierungszusammenarbeit mit SP oder Grünen. Vor allem jüngere Parteimitglieder der PdA unterstützten die Idee der Gründung einer neuen linken Partei in der Waadt. Auch im Kanton Genf wurde die Idee eines Zusammengehens der Parteien links der SP aufgeworfen. Die Zersplitterung

der Linksaussenparteien hatte diesen in der jüngeren Vergangenheit bei Wahlen geschadet.<sup>48</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 27.11.2009  
SABINE HOHL

Im Berichtsjahr waren Bemühungen im Gange, eine **neue, gesamtschweizerisch aktive Partei links der SP** zu gründen, die verschiedene linksalternative Bewegungen unter ein gemeinsames Dach bringen soll. Die Gruppierung mit dem Namen „Linke Alternative“ (auf Französisch „La Gauche“, auf Italienisch „La Sinistra“) hielt im November in Schaffhausen eine Versammlung ab, an der der Gründungsbeschluss für eine neue Partei gefasst wurde, die antikapitalistisch und ökosozialistisch politisieren soll. Die Partei soll 2010 offiziell gegründet werden und Wähler und Wählerinnen ansprechen, die von der Politik von SP und Grünen enttäuscht sind. Am Gründungskongress in Schaffhausen wurden auch erste inhaltliche Positionen festgelegt. Unter anderem fordert die „Linke Alternative“ ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine Einheitskrankenkasse. Zu den Initianten gehören Vertreter der PdA Waadt (POP) – mit dem Zugpferd Josef Zisyadis (pda, VD) – und Deutschschweizer Alternative.<sup>49</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 03.06.2010  
MARC BÜHLMANN

Die aus der PdA und verschiedenen linksalternativen Bewegungen hervorgegangene **Linke Alternative** (La Gauche, La Sinistra), die sich 2009 in Schaffhausen konstituiert hatte, hielt im Mai des Berichtsjahrs in Lausanne ihren **ersten Parteitag** ab. Rund 200 Personen aus über 20 Kantonen verabschiedeten ein Parteiprogramm, das ein antikapitalistisches, ökosozialistisches, demokratisches und feministisches Engagement vorgibt. Hauptsächliches Ziel sei aber eine Bündelung der zersplitterten linken Kräfte. Die Delegierten entschieden sich gegen ein an die Parteimitglieder gerichtetes Verbot, an Exekutivwahlen zu partizipieren. Zudem wurde den Mitgliedern der Linken Alternativen die Zugehörigkeit auch zu anderen Parteien zugestanden. Im Juni wurde die erste kantonale Sektion im Kanton Wallis gegründet. Im Mai waren kommunale Sektionen in den Kantonen Waadt, Genf und Freiburg geplant. Folgen sollen weitere in Jura und Neuenburg. Aber auch in den Städten Zürich, Schaffhausen und Bern sollen kommunale Sektionen entstehen. Treibende Kräfte hinter der Linken Alternativen sind neben Nationalrat Josef Zisyadis (VD) der ehemalige Bern-Jurassische SP-Präsident Frédéric Charpié.<sup>50</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Die Partei der Arbeit besteht in den Kantonen Jura, Neuenburg und Waadt weiterhin unter dem Namen **Parti Ouvrier Populaire (POP)**. Nach dem Abgang ihres ehemaligen Zugpferdes Josef Zisyadis zur Linken Alternativen zeigte aber insbesondere die POP im Kanton Waadt erste Auflösungserscheinungen. In einzelnen Gemeinden fusionierten die unterschiedlichen linken Gruppierungen zusammen mit kommunalen POP-Sektionen zur Linken Alternative.<sup>51</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Die aus der PdA und verschiedenen linksalternativen Bewegungen hervorgegangene **Alternative Linke** (La Gauche, La Sinistra), die sich 2009 in Schaffhausen als nationale Dachorganisation verschiedener kantonaler linker Gruppierungen konstituiert hatte (v.a. PdA/POP, SolidaritéS und Alternative Liste), schaffte es nicht, den **Nationalratsitz** des zurücktretenden Joseph Zisyadis zu verteidigen, obwohl sie in Zürich (Mieterschutzdirektor Niklaus Scherr und Rechtsanwalt Marcel Bosonnet), Neuenburg (Stadtpräsident von Le Locle Denis de la Reussille), Genf (Souhaïl Mouhanna) oder in der Waadt (Julien Sansonnens) mit bekannten Namen angetreten war. Auch in den Kantonen Bern, Schaffhausen und Wallis war die Alternative Linke erfolglos angetreten. Mit dem Sitzverlust ging die über 90-jährige Geschichte der links-kommunistischen Vertretung im Nationalrat zu Ende. Tatsächlich waren die Kommunisten und die extreme Linke seit 1922 im Nationalrat vertreten – ausgenommen 1943 aufgrund des 1940 erlassenen Verbots der Kommunistischen Partei. Die vor allem in den Westschweizer Kantonen starke Linke trat meist unter einer Doppelführung von PdA (VD und NE als POP) und SolidaritéS an. Ein Grund für den Misserfolg dürfte die mehr schlecht als recht funktionierende Zusammenarbeit zwischen den traditionell ziemlich zerstrittenen Parteien der extremen Linken unter dem Label LaGauche gewesen sein. In den Kantonen Bern (Rolf Zbinden, pda), Zug (Stefan Gisler, al), Waadt (Julien Sansonnens, pda; Sarah Frund; pda und Pierre Conscience, lg), Wallis (Olivier Cottagnoud, al) und Neuenburg (Denis de la Reussille, pda und Pascal Helle, sol.) versuchte die extreme Linke auch in den Ständeratswahlkampf einzugreifen, allerdings überall ohne Erfolg.<sup>52</sup>

**WAHLEN**DATUM: 31.12.2012  
MARC BÜHLMANN

2009 wurde eine nationale **Dachorganisation** verschiedener linker Parteien unter dem Namen Alternative Linke (La Gauche, La Sinistra) gegründet, der sich verschiedene Linksaussen-Gruppierungen anschlossen (v.a. PdA/POP, SolidaritéS und Alternative Liste). Bei den kantonalen Wahlen traten die Linksparteien in den Kantonen Waadt und Schaffhausen an. Während sich die Alternative Liste im Kanton Schaffhausen langsam von einer Protestpartei zu einer ernstzunehmenden linken Konkurrenz entwickelte – mit zwei Sitzgewinnen erreichte die AL im Schaffhauser Parlament Fraktionsstärke – musste La Gauche als Zusammenschluss extremer linker Parteien (PdA, Alternative, Point de départ, SolidaritéS) im Kanton Waadt einen Sitzverlust hinnehmen.

**WAHLEN**DATUM: 23.04.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Alternative Linke Schweiz (AL, LA Gauche, La Sinistra), eine Dachorganisation verschiedener linker Gruppierungen (darunter PdA/POP, SolidaritéS und Alternative Liste), konnte im Berichtsjahr verschiedene **Wahlerfolge** feiern. Bei Ersatzwahlen in der Stadt Zürich schaffte es Richard Wolff, der FDP einen Sitz abzugewinnen und im Kanton Genf holte die vereinigte extreme Linke neun Sitze und war somit nach einigen Jahren Absenz wieder im Genfer Parlament vertreten.<sup>53</sup>

**PARTEICHRONIK**DATUM: 21.06.2013  
MARC BÜHLMANN

Der frühere Nationalrat der Partei der Arbeit (PdA), **Josef Zisyadis**, trat nach über 30 Jahren Mitgliedschaft aus der PdA des Kantons Waadt aus. Das „Urgestein der extremen Linken“, wie ihn die NZZ nannte, machte geltend, dass die Waadtländer Parteisektion ihn zwischen 2007 und 2011 zu wenig unterstützt habe und die Bestrebungen einer Zusammenführung der extremen linken Kräfte der Schweiz behindere. Zisyadis war einer der führenden Köpfe gewesen bei der Gründung der Alternativen Linken Schweiz. Tatsächlich kritisierte auch die Deutschschweizer Seite, dass das nationale Projekt in der Westschweiz eher verschleppt werde. Zisyadis wollte sich fortan stärker für die nationale Ebene einsetzen. Sein Ziel sei es, dass die Alternative Linke ab 2015 (wieder) im Nationalrat vertreten sei.<sup>54</sup>

**ANDERES**DATUM: 26.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Der Parteipräsident der Waadtländer Parti ouvrier et populaire (POP), Gavriel Pinson, wurde Ende Oktober zum **Präsidenten der nationalen PdA** gewählt. Der 58-jährige Pinson hat die schwere Aufgabe, die PdA nach dem Abgang einiger Schwergewichte – darunter der langjährige Nationalrat Josef Zisyadis oder der Vizepräsident der POP Julien Sansonnens – wieder auf Kurs zu bringen.<sup>55</sup>

**ANDERES**DATUM: 29.08.2014  
MARC BÜHLMANN

2014 feierten die **Partei der Arbeit** (PdA) und ihr Neuenburger Ableger Parti ouvrier et populaire (POP) in Le Locle ihr 70-jähriges Bestehen. Das Jubiläum wurde Ende August mit Musik und Diskussionsrunden gefeiert.<sup>56</sup>

**PARTEICHRONIK**DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Das eigentliche, seit 2009 vorangetriebene Projekt der **Alternativen Linken** (AL), die **Einigung verschiedener radikaler linker Gruppierungen** (darunter etwa PdA/POP, SolidaritéS oder Alternative Liste) unter ein nationales Dach, verlief auch im Berichtsjahr nur sehr harzig (vgl. dazu schon 2013). Zwar feierten verschiedene extreme linke Gruppierungen im Berichtsjahr Wahlerfolge – so etwa die Alternative Liste, ein Mitglied der AL, das in den Städten Zürich und Schaffhausen je ein Exekutivmitglied stellt. Ein national homogeneres Auftreten wird aber einerseits durch die stark basisdemokratische Organisation und die skeptische Haltung gegenüber fixen Strukturen erschwert. Andererseits verhindert auch die sprachregional unterschiedliche politische Kultur der verschiedenen Gruppierungen ein nationales Zusammengehen: Während die radikale Linke in der Westschweiz eine grosse Tradition hat und stark etatistisch eingestellt ist, erweisen sich die weniger traditionellen Vereinigungen in der Deutschschweiz als eher staats skeptisch. Gerade in der Westschweiz kommt es auch unter den linken Gruppierungen selber immer wieder zu Auseinandersetzungen. Schulterschlüsse wie diejenigen der Kommunistischen Partei und der SolidaritéS in Genf oder der PdA und der SolidaritéS im Kanton Waadt, die durchaus zu Erfolgen in Form von Sitzgewinnen geführt hatten, sind eher selten. Der Sekretär der AL, Frédéric Charpié glaubt dennoch nach wie vor an das linksalternative Projekt; es brauche zwar noch Zeit, aber es sei realistisch, dass die AL in zehn Jahren zwei oder drei Nationalratssitze gewinnen könnte.<sup>57</sup>

- 1) NZZ und TA, 7.12.95; AT, 14.12. und 20.12.95
- 2) Für eine demokratische Erneuerung der Schweiz, Programm der POCH, Zürich 1979.; PZ, 20.4.78, 1.5.78, 11.5.78, 18.5.78, 20.7.78 und 14.12.78; LNN, 12.12.78; Vorwärts, 18.5.78, 20.7.78 und 3.11.77; TA, 16.5.78, 19.5.78 und 4.7.78; CdT, 7.11.77; Presse vom 16.5.78 und 4.7.78; Ww, 17.5.78; Kommunist, 1/1978 und 2/3/1979; Rote Fahne, 05/1978, 06/1978 und 09/1978; BaZ, 18.12.78; TLM, 20.12.78; Bresche, 28.8.78; VO, 21.7.78 und 21.8.78; Vr, 28.1.78; JdG, 11.3.78; NZZ, 6.4.78
- 3) NZZ, 4.1., 7.1., 21.1.80; VO, 11.1.80; Vr, 14.1.80; Suisse, 14.10.80; LNN, 17.10.80; TA, 28.10.80.
- 4) TA, 152, 4.7.81; NZZ, 203, 3.9.81; BaZ, 273, 21.11.81; Positionen, Nr. 35 und 36/37, Juni und November 1981.
- 5) NZZ und Bund vom 4.9.90
- 6) NZZ vom 19.2.90; VO vom 13.9.90.
- 7) NZZ und TA vom 21.5.90; WoZ vom 26.10.90; VO vom 1.11.90
- 8) JdG vom 9.4.91; Vorwärts vom 6.6.91.
- 9) BaZ vom 7.9.91; Vorwärts vom 5.9.91
- 10) BZ vom 15.2.91; BaZ vom 7.9.91; JdG vom 9.9.91
- 11) TA vom 26.4.91; Vorwärts vom 25.10.91; VO vom 31.10.91
- 12) Suisse, 6.11.91.
- 13) Vorwärts vom 23.5.91 und 12.9.91; Presse vom 9.9.91; NZZ vom 10.9.91; BZ vom 15.2.91; L'Hebdo vom 18.4.91; Presse vom 6.5.91; VO und Vorwärts vom 9.5.91; 24 Heures vom 27.8.91; Vorwärts vom 8.11.91
- 14) BBI, 1992, II S.715 ; TA vom 3.3.92
- 15) BZ vom 3.2.92; NZZ vom 14.4.92; NZZ, 2.5.92.
- 16) NQ vom 9.4., 15.4. und 19.4.92; NZZ vom 15.4.92; TA vom 16.4.92; WoZ vom 24.4.92
- 17) NQ vom 16.10.92
- 18) NQ, 5.9. und 20.10.92; JdG, 17.10.92; Suisse, 18.10.92.
- 19) NF vom 17.3.92; NZZ vom 29.10.92; BaZ vom 2.12.92
- 20) VO, 27.5.93; Suisse, 9.6.93.
- 21) LZ, 12.7.93; NQ, 27.8.93; VO, 2.9.93
- 22) TA, 18.10.93.
- 23) Bund, 31.8.93; JdG, 17.11.93.; Parolen 1993
- 24) TA, 4.6.94; JdG, 5.6.94
- 25) NQ, 4.10.94
- 26) NQ, 21.11.94
- 27) Parolen 1994
- 28) WoZ, 16.6.95
- 29) BaZ, 16.3.95; Ww, 26.10.95; Presse vom 6.12.95; NZZ, 18.12.95
- 30) BZ, 15.4.96
- 31) JdG, 12.7.96; Gauchebdo, 25.7.96
- 32) NZZ, 27.8.96
- 33) SGT, 7.5.96; Presse vom 10.6.96, WoZ, 6.9.96
- 34) SGT, 23.4.97; TW, 16.5.97; NZZ, 24.7.97
- 35) NZZ, 3.10.98
- 36) 24 Heures, TA und NZZ, 23.11.98
- 37) TA, 6.9. und 18.9.99; NZZ, 14.9.99; SGT, 14.10.99
- 38) 24h, 17.2.00.
- 39) NZZ, 25.7.00;
- 40) NZZ, 24.10.00.
- 41) Express, 25.11. und 26.11.02; NZZ, 26.11.02.
- 42) 24h und LT, 20.6.03; WoZ, 17.7.03.
- 43) TG, 23.9.04.
- 44) NZZ, 21.2., 29.8. und 8.11.05.
- 45) 24h, 13.1.06; TA, 16.1. und 31.1.06. Zur Lage der PdA in den Kantonen siehe NZZ, 5.1.06.
- 46) NZZ, 26.3.07.
- 47) Alleingang der PdA Genf: TG, 31.8.07. Wahlergebnis: Presse vom 22.10.07. Verzicht von Huguenin auf ihr Mandat: TA, 2.11.07. Anschluss von Zisyadis an die Fraktion der Grünen: NZZ, 29.11.07.
- 48) Lib. und NZZ, 3.3.08; TG, 1.4.08; 24h, 24.10.08.
- 49) NLZ, 14.4.09; LT, 26.4. und 23.11.09; WoZ, 14.5.09; BZ, 19.10.09; BaZ, 7.11.09; NZZ und TA, 23.11.09; TA, 27.11.09.
- 50) TG, 28.5.10; QJ, 31.5.10; LT, 2.6.10; NF, 15.6.10; Woz 3.6.10.
- 51) 24h, 28. und 31.7.10.
- 52) BaZ, 19.1.11; WoZ, 10.2.11; 24h, 27.5.11; NZZ, 13.8. und 19.8.11; TG, 5.9.11; NZZ, 22.9.11; 24h, 21.10.11; Presse vom 24.–26.10.11. ; Lit. BFS.
- 53) TA, 23.4.13.
- 54) 24h, 24.1.13; AZ, 23.4.13; 24h und NZZ, 21.6.13.
- 55) Lib, 12.1. und 26.10.13.
- 56) Exp, 23.8.14
- 57) NZZ, 25.10.14